

Schlicht, Ekkehart; Schmidt, Karl-Heinz; Wagner, Michael

Article — Digitized Version

Arbeitslosigkeit, Versagen der Wirtschaftswissenschaft?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schlicht, Ekkehart; Schmidt, Karl-Heinz; Wagner, Michael (1983) : Arbeitslosigkeit, Versagen der Wirtschaftswissenschaft?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 2, pp. 63-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135765>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitslosigkeit – Versagen der Wirtschaftswissenschaft?

Dieser Tage erreichte die Zahl der Arbeitslosen die 2,5-Mill.-Marke. Wer ist schuld an dieser Entwicklung? Hat die Wirtschaftswissenschaft versagt? Oder wurden ihre Therapievorschläge von den Politikern nicht aufgegriffen?

Ekkehart Schlicht

Die Therapie liegt im argen

Die in der Fragestellung enthaltene Insinuation ist vielschichtig. Gegenüber welchen Zielvorgaben soll die Wirtschaftswissenschaft versagt haben? Hat sie ihre Versprechungen nicht eingelöst? Vielleicht ist gemeint: Die Bewältigung der Schwierigkeiten, vor denen wir heute stehen und die wohl auch nach einiger Zeit wieder auftauchen werden, erfordert neue Ideen. Die Wirtschaftswissenschaft hat diese nicht geliefert, sondern sich mit der Ausarbeitung traditioneller Doktrinen befaßt, die an den eigentlichen Problemen vorbeigehen.

Ich glaube nicht, daß dieser Vorwurf im Kern zutrifft, wenn er möglicherweise auch für die angewandte Forschung eine gewisse Berechtigung haben mag. Allerdings muß man bedenken, daß die Muße, wie sie für das Durchdenken von Grundsätzlichem erforderlich ist, an den Hochschulen aus verschiedenen Gründen kaum noch vorhanden ist, so daß nicht verwundert, wenn die Forschung als Anhängsel einer im doppelten Sinne berufs-

fremden Berufsausbildung in ihren Grundlagen verkümmert. Wie dem auch sei – die Theorie hat einiges zur Diagnose der gegenwärtigen Schwierigkeiten beigetragen, aber die empirische Aufarbeitung und Therapie liegen im argen. Ich möchte dies wie folgt illustrieren:

Diagnose

Es gibt viele theoretische Erklärungen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Hier ein Versuch, das Gesamtbild, stark stilisiert und verkürzt, zu skizzieren.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist eine Konsequenz der restriktiven Politik der Vergangenheit. Diese Erklärung greift aber zu kurz, denn ohne diese restriktive Politik hätte sich die Inflation beschleunigt und – möglicherweise nach einer Phase von Preis- und Lohnkontrollen – eine Restriktion erzwungen. Umgekehrt besteht die Befürchtung, daß bei expansiven Maßnah-

men die Inflation wiederum beschleunigt werden könnte.

Mithin stellt sich das Arbeitslosigkeitsproblem als ein Problem der Inflation dar und die Frage ist: Bei welcher Höhe der Arbeitslosigkeit läßt sich die Inflation konstant halten und akzeleriert noch nicht? Welches sind die Bestimmungsgründe dieser „inflationsneutralen“ Arbeitslosigkeit, und warum ist sie so hoch¹?

In etwas unüblichem Reigen seien zur Illustration einige wichtige Argumente genannt:

□ MM – das monetaristisch-marxistische Argument: Bei Vollbeschäftigung gelingt es den Arbeitnehmern, zu hohe Lohnabschlüsse durchzusetzen. Dies führt zu Inflation oder zum Ausbleiben von Investitionen. Eine Arbeitslosigkeit – eine industrielle Reservearmee – bildet sich und ist erforderlich, um die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer auf ein inflationsneutrales Maß zu reduzieren. Je höher der Einfluß der Gewerkschaften, um so höher

¹ Ich vermeide den Terminus „natürliche Arbeitslosigkeit“, da er oft in anderem Sinne gebraucht wird.

wird die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit sein.

□ **KS** – das Argument von Keynes und den „Supply-Siders“: Wenn nur Arbeitsplätze für einen Bruchteil der Erwerbsbevölkerung vorhanden sind und bereits bei hoher Arbeitslosigkeit eine Vollausslastung der Kapazität eintritt, werden expansive Maßnahmen bei dieser hohen Arbeitslosigkeit nur inflationär wirken². Unzureichende Investitionen in der Vergangenheit – möglicherweise kombiniert mit einer zu kapitalintensiven Verfahrenswahl – führen hier zu einer zu hohen inflationsneutralen Arbeitslosigkeit. Insbesondere führt eine restriktive Politik, die ja hauptsächlich die Investitionen reduziert, zu einer Erhöhung der inflationsneutralen Arbeitslosigkeit. Aber auch eine expansive Staatstätigkeit, die direkt oder indirekt zu Lasten der Investitionen geht, hat ein solches Ergebnis. Es bleibt in dieser Sicht etwas problematisch, wie eine Stärkung des Angebots ohne Inflationierung möglich sein sollte. Insofern beleuchtet sie unser Dilemma.

□ **EL** – das Effizienzlohnargument: Wenn die Entlohnung als Leistungsanreiz wirkt, wird der Lohn zu einer Politikvariablen der Unternehmungen und kann den Markt typischerweise nicht mehr räumen. Man betrachte ein Beispiel: Wenn eine Unternehmung 10 % mehr Lohn zahlt als die Konkurrenten und dadurch eine Produktivitätssteigerung um mehr als 10 % erreicht, wird sie einen entsprechend überdurchschnittlichen Lohn bieten.

² Daß Keynes diese Position vertritt, wird durch das Abweichen seiner von unserer Terminologie verdunkelt: Er *definiert* Vollbeschäftigung als die Beschäftigung, die durch Nachfragesteigerung nicht erhöht werden kann. Vgl. J. M. Keynes: *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, London 1936, S. 27, 15. Vollbeschäftigung bei Keynes kann also 50 % Arbeitslosigkeit bedeuten, und eine Erhöhung dieser Vollbeschäftigung (unser Problem) erfordert eine Rechtsverschiebung der Aggregate Supply Function.

Wenn alle Unternehmungen dies tun, wird der Lohn in einem geräumten Markt steigen, und es wird Arbeitslosigkeit entstehen. Diese Arbeitslosigkeit führt dazu, daß die bestehenden Arbeitsplätze an Attraktivität gewinnen: Eine hohe Arbeitslosigkeit erhöht die Attraktivität eines Arbeitsplatzes ebenso wie ein hoher Lohn und wirkt entsprechend als Leistungsanreiz. Damit wird es bei hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr notwendig für die einzelnen Unternehmungen, eine überdurchschnittliche Entlohnung zu bieten. Die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit sichert hinreichende Leistungsanreize.

Plausible Erklärung

Im einzelnen kann die Produktivitätssteigerung bei höherer Entlohnung auf mannigfaltige Weise zustande kommen: durch Reduktion der Fluktuationskosten³, durch die Möglichkeit, besser qualifizierte Ar-

beitskräfte zu bekommen⁴, und anderes mehr⁵. Insgesamt kann man sagen, daß die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit zunehmen wird, je weniger (oder kostspieliger) die Tätigkeiten kontrollierbar sind, je mehr firmenspezifisches Wissen erforderlich ist, je verantwortungsvoller, „idiosynkratischer“, die einzelnen Tätigkeiten werden. (Zu beachten ist, daß eine Arbeitslosigkeit bei Führungspositionen sich nicht darin äußert, daß die Anwärter arbeitslos sind – sie warten vielmehr auf untergeordneten Positionen, und die Arbeitslosigkeit wird erst an anderer Stelle sichtbar.)

Schon diese drei Argumente ergeben m. E. zusammengenommen eine durchaus plausible Erklärung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten, auch wenn die Gewichtungen bei den einzelnen Theoretikern unterschiedlich sein werden. Dies ist wohl auf die Schwierigkeiten der empirischen Abwägung dieser Effekte zurückzuführen. Zudem sind eine Reihe von nicht weniger wichtigen weiteren Argumenten in diesem Zusammenhang vorgebracht worden (aus der Konjunkturtheorie, der Preistheorie, der Lohntheorie und der Verteilungstheorie beispielsweise), die zu einer Klärung der prinzipiellen Probleme beitragen, auf die hier aber aus Platzgrün-

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Ekkehart Schlicht, 37, lehrt Wirtschaftstheorie an der Technischen Hochschule Darmstadt. Er befaßt sich vorwiegend mit arbeitsmarkt- und verteilungstheoretischen Fragen.

Prof. Dr. Karl-Heinz Schmidt, 46, lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn.

Dr. Michael Wagner, 34, ist Dozent an der Verwaltungsakademie des Bundes in Wien. Er leitet zusammen mit Karl Pichelmann das Projekt „Arbeitslosigkeit in Österreich: eine Bewegungsanalyse steigender Arbeitslosigkeit“.

³ Vgl. S. C. Salop: A Model of the Natural Rate of Unemployment, in: *American Economic Review*, 69 (1), S. 117-125; E. Schlicht: Labour Turnover, Wage Structure, and Natural Unemployment, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 134 (1), S. 337-346.

⁴ Vgl. A. Weiss: Job Queues and Layoffs in Labor Markets with Flexible Wages, in: *Journal of Political Economy*, 88 (3), S. 526-538.

⁵ Vgl. S. Stoft: Cheat-Threat Theory, Discussion Paper No. 82 (1982), Dept. of Economics, Boston University; C. Shapiro, J. E. Stiglitz: Equilibrium Unemployment as a Worker Discipline Device, Discussion Papers in Economics No. 28 (1982), Woodrow Wilson School, Princeton University; E. Schlicht: A Condition for Unemployment, Arbeitspapier Nr. 23 (1982), Institut für Volkswirtschaftslehre, Technische Hochschule Darmstadt.

den nicht eingegangen werden kann.

An den angeführten Beispielen sollte jedoch klar geworden sein, daß es sich beim Problem der inflationsneutralen Arbeitslosigkeit um ein ordnungspolitisches Problem handelt, das man nicht durch ablaufpolitische Maßnahmen in den Griff bekommen kann. Auf die Beispiele hätte sogar verzichtet werden können, denn das Problem der inflationsneutralen Arbeitslosigkeit ist ex definitione ein ordnungspolitisches Problem. Aus diesem Grunde ist es so ermüdend, Kontroversen über sogenannte „keynesianische“ versus „monetaristische“ Ablaufpolitik zu verfolgen: Sie gehen an der Sache vorbei. Was zudem beunruhigt ist, daß die ablaufpolitischen Optionen, so berechtigt sie aus der einen oder anderen Perspektive auch sein mögen, die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit meist eher zu erhöhen geeignet sind.

Was sind nun die Vorschläge „der“ Wirtschaftswissenschaft zu diesem Problem – zu diesem *ordnungspolitischen* Problem? Der vor Jahren geäußerte Vorschlag des Sachverständigenrates zur Gewinnbeteiligung wäre z. B. geeignet, weiter diskutiert zu werden. Wenn die Gewinnbeteiligung auf betrieblicher Ebene erfolgte, könnte eine solche Maßnahme möglicherweise gemäß allen drei oben genannten Argumentationen die inflationsneutrale Arbeitslosigkeit reduzieren. Dies ist sicher nicht ausdiskutiert, aber es besteht offensichtlich von Seiten der Politiker auch keine große Nachfrage nach ordnungspolitischen Überlegungen. Diese gelten ja wohl eher als Bestandteile des politischen Glaubensbekenntnisses. Gleiches gilt für andere ordnungspolitische Vorschläge. Es ist natürlich auch politisch verständlich, daß sich aus der Zeitperspektive der Politiker heraus

derartige Überlegungen nicht rentieren.

Aus dieser Perspektive erklärt sich m. E. auch die Zentrierung der empirischen Forschung auf ablaufpolitische Fragestellungen und die geringe Beachtung ordnungspolitischer Probleme auf empirischer Ebene: Für die empirische Forschung müssen Mittel bewilligt werden. Die Politiker fragen nach ablaufpolitischem Rat und erhalten diesen: Sie können ihn sich sogar aussuchen. Aber ist dies ein Versagen der Wirtschaftswissenschaft? Doch wohl eher der Politologie!

Zu hoffen ist, daß die Wirtschaftswissenschaft Lösungsmöglichkeiten für die großen Probleme entwickelt, und zwar unbeeindruckt von der aktuellen politischen Nachfrage und nur in der Hoffnung, langfristige ordnungspolitische Anpassungen an neue Gegebenheiten reflektierend und helfend begleiten zu können.

Karl-Heinz Schmidt

Versagen der Institutionen

Angesichts der stark erhöhten Arbeitslosenzahl wird das Problem der Arbeitslosigkeit als zentrale Herausforderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angesehen. Drei Aspekte werden dabei unterschieden: der ökonomische, der gesellschaftliche und der soziale.

Ökonomisch bedeutet Arbeitslosigkeit Verzicht auf Wohlstandserhöhungen, denn das vorhandene Produktionspotential wird nicht ausgeschöpft. Gesellschaftlich und sozial ist der Verteilungsaspekt wesentlich: es ist weniger zu verteilen als bei Vollbeschäftigung, und die Stabilität der sozialen Sicherung

und der gesellschaftlichen Ordnung kann in Gefahr geraten. Zu dieser Einschätzung trägt vor allem bei, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik von Ende 1980 bis Ende 1982 auf das Doppelte gestiegen ist und die 2-Millionen-Grenze überschritten hat. Hinzu kommt, daß die Zahl der Kurzarbeiter und der Teilnehmer an beruflichen Förderungsmaßnahmen stark zugenommen hat, während die Zahl der offenen Stellen erheblich gesunken ist. Zugleich verlängerte sich die Dauer der Arbeitslosigkeit, und es zeichnete sich eine verstärkte Betroffenheit der sogenannten „Pro-

blemgruppen“ des Arbeitsmarktes ab. Besonders stark sind ungelernete und angelernte Arbeitskräfte an den Arbeitslosen beteiligt. Die „soziale Marktwirtschaft“ erweist sich demzufolge als instabil und unsozial.

Kein Wunder also, daß nicht selten Politiker, Bürokraten und Verbandsrepräsentanten die These vom Versagen der Wirtschaftswissenschaft verbreiten, nicht zuletzt, um die Schuld an der Arbeitslosigkeit von der praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitik an die Wissenschaft zu überweisen. Aber auch innerhalb der Wirtschaftswis-

senschaft werden gegensätzliche Auffassungen hinsichtlich der Diagnose sowie der Therapie der Arbeitsmarktprobleme vertreten und unterschiedliche Gründe für ein Versagen der Wirtschaftswissenschaft hervorgehoben.

Danach schließt das Versagen der Wirtschaftswissenschaft ein:

- falsche Kausalanalysen der Arbeitslosigkeit,
- fehlende oder fehlerhafte Beratung der wirtschaftspolitischen Akteure,
- falsche Anwendung wirtschaftspolitischer Instrumente.

Gemeint wird mithin eine dreifache Unvollkommenheit der wirtschaftswissenschaftlichen Aussagen über die Arbeitslosigkeit: eine theoretische, eine institutionenbezogene und eine instrumentelle. Darüber hinaus wird auf Fehler bei der empirischen Abgrenzung und Ermittlung der Arbeitslosenzahlen hingewiesen. Die Folge ist, daß Politiker und Bürokraten in der Diskussion über Erfolge oder Mißerfolge der praktischen Wirtschaftspolitik „gut dastehen“, während die Wirtschaftswissenschaftler für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden.

Gewichtige Einwände

Gegen diese Auffassung sind jedoch gewichtige Einwände anzumelden.

Die theoretischen Aussagen zu den Ursachen und Formen der Arbeitslosigkeit wurden im Rahmen der „Neuen Makroökonomie“ und der „Neuen Mikroökonomie“ in den vergangenen Jahren (wieder) im Rahmen totaler Gleichgewichtssysteme einander angenähert¹. Da-

¹ Vgl. H. Gerfin: Gegenwartsprobleme der Arbeitsmarktpolitik. Ein Überblick, in: Staat und Wirtschaft, hrsg. von C. Ch. v. Weizsäcker, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Band 102, Berlin 1979, S. 295-317.

durch wurde es möglich, kurzfristige gesamtwirtschaftliche Gleichgewichte bei inflexiblen Löhnen und Preisen und gleichzeitig entstehenden Mengenrationierungen auf den verschiedenen Märkten darzustellen. Dabei erscheint unfreiwillige Arbeitslosigkeit als Rationierung der Arbeitsanbieter

- bei Überschußnachfrage auf den Gütermärkten als „klassische Arbeitslosigkeit“ mit Reallöhnen oberhalb der Vollbeschäftigungslohnsätze,
- bei Nachfragemangel auf den Gütermärkten, d. h. bei Angebotsrationierung der Unternehmen, als „keynesianische Arbeitslosigkeit“, und
- bei Überschußnachfrage auf den Gütermärkten und dem Arbeitsmarkt als „zurückgestaute Inflation“.

Die wirtschaftspolitische Therapie sieht im Fall der „klassischen“ Arbeitslosigkeit Reallohnsenkungen (zurückhaltende Lohnpolitik) vor, im Fall der „keynesianischen“ Arbeitslosigkeit Erhöhungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Auf die Institutionen bezogen folgt daraus, daß sowohl die Tarifparteien als auch der Staat beschäftigungspolitische Verantwortung zu tragen haben. Da in den westlichen Industrieländern aber Veränderungen der Nachfrage auf den Gütermärkten häufiger und intensiver auftreten als Abweichungen der Reallohnsätze von den Arbeitsproduktivitäten, erscheint eine staatliche Ankurbelung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, flankiert durch die Lohnpolitik und andere Instrumentenbereiche, erforderlich.

Auch der Sachverständigenrat verschließt sich nicht (mehr) jegli-

² Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bonn 1982, in BT-Drucksache 9/2118 vom 23. 11. 1982.

cher Art staatlicher Nachfrageimpulse, obwohl er vor allem auf die Beschäftigungseffekte von Reallohnsenkungen, verbesserte Investitionsbedingungen und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vertraut. Danach hat der Staat „... die Aufgabe, wirtschaftliches Wachstum zu erleichtern, und zwar weil die Menschen Wachstum wollen...“ (JG 1982/83, Tz. 211)².

Kritische Stimmen

Der Sachverständigenrat stößt jedoch auf mindestens zwei Gruppen kritischer Stimmen: Die erste Gruppe hält zwar am Wachstumsziel fest, fordert jedoch andere, in einem stärkeren Maße strukturpolitische Maßnahmen³; im Gegensatz dazu sieht die zweite Gruppe die Arbeitslosigkeit als langfristige Folge der spätindustriellen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg an und hält die Wachstums- und Investitionsstrategie für unrealistisch⁴.

Die Anhänger der Strukturpolitik begründen ihre Forderungen vor allem mit Hinweisen auf ein strukturelles Marktversagen, eine erhöhte Konzentration der wirtschaftlichen Macht und eine unvollkommene Voraussicht im Wirtschaftsprozeß. Zu den geforderten strukturpolitischen Maßnahmen zählen sie neben einer kontinuierlichen Strukturberichterstattung auch Formen der direkten Investitionslenkung, die Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen sowie Möglichkeiten der Entflechtung von Großunternehmen, den Ausbau der Mitbestimmung und Beschränkungen des Arbeitsangebotes insbesondere durch Arbeitszeitverkürzungen.

³ Vgl. J. Welsh: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung, technischer Fortschritt und Beschäftigung als Problem der achtziger Jahre, in: WSI-Mitteilungen, 4/1982, S. 205-211.

⁴ Vgl. B. Strümpel: Fehlverhalten oder Strukturkrise? Zur Stagnation der Beschäftigung und der Investitionen in den westlichen Industriegesellschaften, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 57. Jg. (1977), H. 6, S. 284-289.

Die zweite Gruppe hält es dagegen für ausgeschlossen, daß die Arbeitslosigkeit durch einen erhöhten Sachkapitaleinsatz und ein verstärktes Wachstum des Sozialprodukts dauerhaft und hinreichend gesenkt werden könne. Nach ihrer Auffassung fehlen Vorschläge dafür, wie das in den nächsten Jahren steigende Arbeitskräftepotential bei knapper werdenden natürlichen Ressourcen auf die Wandlungen der Bevölkerungsstruktur und der Konsumentenpräferenzen ausgerichtet werden könnte. Dabei variieren die Vorstellungen zur Gestaltung der Eigentums- und Verfügungsrechte. Sie reichen von der Aufrechterhaltung der sozialen Marktwirtschaft mit stärkeren gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Elementen über die Schaffung neuer Lebens- und Versorgungseinheiten – etwa der sogenannten „kleinen Netze“ – bis hin zu verschiedenen Ausprägungen einer dualen Ökonomie mit zentralisierter und dezentralisierter Produktion. Von Phantasielosigkeit der Wirtschaftswissenschaftler kann also keine Rede sein. In diesem Sinne liegt ein „Versagen“ gewiß nicht vor.

Haben die Wirtschaftswissenschaftler aber insofern versagt, als sie die Durchsetzbarkeit ihrer Vorstellungen zu wenig geprüft und verfolgt haben?

Auch diese Frage läßt sich hinsichtlich des Problems der Arbeitslosigkeit beantworten. Hierzu wird auf die theoretischen, institutionellen und instrumentellen Aussagen

⁵ Vgl. F. Buttler, K. Gerlach: Art. Ar Arbeitsmarkttheorien, in: HdWW, Nachtrag, St. Stuttgart u. a. 1982, S. 686-696; H. Biehleler, W. Brandes, F. Buttler, K. G. Gerlach, P. Liepmann: Arbeitsmarktstrukturen und -prozesse. Zur Funktionsweise ausgewählter Arbeitsmärkte, Tübingen 1981.

⁶ Vgl. J. Kühn: Ein Arbeitsgesamtplan für Vollbeschäftigung binnen fünf Jahren – Erste vorläufige Überlegungen, in: Staat und Wirtschaft, a. a. O., S. 319-348.

über das Arbeitsmarktgeschehen zurückgegriffen. Dabei treten mikroökonomische Aspekte in den Vordergrund.

Theoretische Erkenntnisse

Ausgehend von der empirischen Beobachtung, daß rational handelnde Unternehmungen in einer unsicheren Umwelt versuchen, die Kosten der Anpassung an Nachfrageänderungen und an Änderungen der Angebotsstruktur zu senken, sind Veränderungen ihres Arbeitsnachfrageverhaltens angesichts pessimistischer Zukunftserwartungen und zunehmender Transaktionskosten der Arbeit (z. B. infolge eines erweiterten Kündigungsschutzes) nicht überraschend. Dieses durchaus zielkonforme Verhalten hat in der Bundesrepublik zu einer Dreiteilung des Arbeitsmarktes in ein betriebliches, berufsfachliches und externes Segment geführt⁵.

Während das betriebliche Segment stabile Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsplätze aufweist und das berufsfachliche Segment durch instabile Beschäftigungsverhältnisse bei stabilen Arbeitsplätzen gekennzeichnet wird, ist die Instabilität von Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsplätzen ein Merkmal des externen Segments. Zugleich überwiegen in diesem Teilarbeitsmarkt Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation, niedrigem Einkommen und geringen Aufstiegschancen.

Daher erhöht sich mit zunehmender Dauer der Rezessionsphase die strukturelle Dauerarbeitslosigkeit und die Instabilität der Beschäftigungsverhältnisse angelernter und ungelerner Arbeitskräfte sowie der zu den „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes zählenden Erwerbspersonen. Zugleich wird die Wirksamkeit beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

eingeschränkt. Darüber hinaus wird die soziale Sicherung beeinträchtigt, denn die instabile Beschäftigung hat geringere Beitragszahlungen, aber höhere Ausgaben als bei Vollbeschäftigung zur Folge. Diese Wirkungen verstärken sich mit zunehmender Unternehmenskonzentration, denn besonders die großen Unternehmen sind in der Lage, Arbeitskräfte zu segmentieren. Dadurch gerät auch die Bildungspolitik in einen erhöhten Problemdruck, denn bei wachsender Segmentierung und Dauerarbeitslosigkeit sinkt die Bereitschaft der Unternehmen, betriebliche Ausbildungsplätze bereitzustellen, insbesondere wenn – wie zur Zeit in der Bundesrepublik – pessimistische Zukunftserwartungen mit einem mittelfristig steigenden, jedoch langfristig abrupt sinkenden Erwerbspersonenpotential zusammentreffen.

Institutionelles Defizit

Obwohl diese Erkenntnisse noch nicht sehr lange für den deutschen Arbeitsmarkt vorliegen, haben sie zum Teil Eingang in die praktische Arbeitsmarktpolitik gefunden. Die Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes sind zwar zum Teil geeignet, zur Steigerung der Arbeitskräftequalifikation beizutragen, jedoch ist ihr Volumen zu gering und ihr Ansetzpunkt zu eng.

Doch die Durchsetzungsmöglichkeit höherer finanzieller Anforderungen und neuer Formen arbeitsmarktpolitischer Instrumente ist sehr begrenzt, obwohl nach den Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, die Beschäftigungs- und Bildungsprogramme für Arbeitslose per saldo für die Steuer- und Beitragszahler nicht teurer sind als die Arbeitslosigkeit⁶.

Die Finanzierung und Durchführung derartiger Programme wird vor allem durch die dezentrale Organi-

sation der zuständigen Parafisci und das Fehlen eines Budgetausgleichs zwischen ihnen erschwert. Daher gewinnt die Kooperation aller beteiligten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Akteure zunehmend an Bedeutung.

Hinzu kommt die Beobachtung, daß das auf Wiederwahl gerichtete Verhalten der Politiker, die zum Teil auf Ressortmacht ausgerichteten Verhaltensweisen von Bürokraten, die verschiedenen Formen und Ebenen der Politikverflechtung sowie die Rücksichtnahme der Regierung auf organisierte Wählergruppen die Durchführung von Maßnahmen der staatlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik erheblich beeinträchtigen⁷.

So wird deutlich, daß ein Defizit an institutionellen Regelungen,

⁷ Vgl. F. Scharpf: Die Rolle des Staates im westlichen Wirtschaftssystem: Zwischen Krise und Neuorientierung, in: Staat und Wirtschaft, a. a. O., S. 15-44.

nicht jedoch ein Defizit an Vorschlägen und Empfehlungen von Wirtschaftswissenschaftlern zum Abbau der Arbeitslosigkeit vorliegt. Die Empfehlungen berücksichtigen zum Teil auch die Bedingungen der politischen Durchsetzbarkeit. Sie streben „ausgewogene“ Wirkungen an. Zugleich sehen sie Kombinationen marktorientierter und staatlicher Interventionen vor⁸. Auch die Heterogenität der Ziele – Wachstum hier, Wertwandel dort – versuchen sie bei der Gestaltung der Vorschläge zu berücksichtigen.

Dabei werden vor allem drei Gesichtspunkte hervorgehoben:

- die Gewichtung des Wachstumsziels und die Struktur des Wachstums,
- die Ausrichtung auf die Wand-

⁸ Vgl. J. Klaus: Weg aus der Krise: Gestaffelte Beschäftigungsstrategie, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 62. Jg. (1982), H. 12, S. 593-599; J. Kromphardt: Aktuelle stabilitätspolitische Strategien und ihre theoretische Fundierung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 62. Jg. (1982), H. 2, S. 77.

lungen der individuellen Präferenzen und

- die Anregung bzw. Verstärkung der Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften.

Zusammenfassend ist demnach festzustellen, daß Arbeitslosigkeit nicht die Folge eines Versagens der Wirtschaftswissenschaft ist. Das wird durch die Vielfalt und Akzeptanz der theoretischen, institutionellen und instrumentellen Aussagen der Wirtschaftswissenschaftler zur Erklärung und Verminderung von Arbeitslosigkeit hinreichend belegt. Hingegen zeichnet sich ein Versagen im Bereich der Politik, Bürokratie und Verbände ab. Die Organisation der politischen Entscheidungsprozesse ist mit institutionellen Eigengewichten, Zeitverzögerungen und Verflechtungen verknüpft, so daß die von wirtschaftswissenschaftlichen Beratern empfohlenen Maßnahmen zum Teil nicht, zu spät oder zu schwach durchgeführt werden.

Michael Wagner

Konkurrierende Theorien und praktische Optionen

Die Massenarbeitslosigkeit im OECD-Raum ruft der wirtschaftspolitischen Öffentlichkeit erneut ins Bewußtsein, daß die Ökonomie als Wissenschaft nicht imstande ist, unumstrittene Instrumente der Politikberatung bereitzustellen. Der wichtigste Grund dafür ist in der theoretischen Zersplitterung des ökonomischen Modelldenkens zu suchen. Die Wirtschaftswissenschaftler verfügen weder über eine umfassende konzeptionelle Ausgangsbasis noch über eine einheitliche methodische Verfahrensweise. Gegen diese offenkundige Vielfalt

analytischer Ansätze ist aus einer innerwissenschaftlichen Perspektive grundsätzlich auch nichts einzuwenden; nur den ratsuchenden Wirtschaftspolitiker läßt ein solcher Pluralismus unbefriedigt. Was soll denn unter dem Blickwinkel technokratischer Gestaltungsabsichten eine Disziplin taugen, die ihre höchste Auszeichnung, den Nobelpreis, im Abstand weniger Jahre an zwei ihrer Vertreter, Milton Friedman und James Tobin, vergibt, die aus ihren wissenschaftlichen Arbeiten geradezu gegensätzliche Politikempfehlungen ableiten?

Diese Sachlage ist nicht neu. Auch während der großen Depression der Zwischenkriegsjahre waren sich führende Ökonomen keineswegs einig. Die wissenschaftlich kontroverse Natur vieler Empfehlungen hat jedoch nicht jeden von Ökonomen eingebrachten Vorschlag wertlos gemacht. Vielmehr zeigte sich, daß mancher wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansatz über einen für die praktische Politik erfolgversprechenden Zugang zum Arbeitslosenproblem verfügt. So bot die von Keynes abgeleitete „englische“

Schule, die vorerst nur aus einigen wenigen Cambridge-Ökonomen bestand, offensichtlich besser verwertbare Politikhinweise an als die „österreichische“ Schule, die auch heute noch mit F. A. Hayek einen vielbeachteten Repräsentanten stellt.

Weltanschauliche Grundpositionen

Doch Wirtschaftspolitiker orientieren sich nicht nur an dem Gesichtspunkt praktischer Verwertbarkeit, wenn sie zwischen konkurrierenden wissenschaftlichen Ratschlägen auswählen. Denn weltanschauliche Grundpositionen schränken das Gesichtsfeld politischer Entscheidungsträger häufig schon vorweg auf einen engen Ausschnitt wirtschaftspolitischer Empfehlungen ein. Dies bekommen heute insbesondere jene Ökonomen zu spüren, die aufgrund ihrer Analysen den Schluß ziehen, daß Massenarbeitslosigkeit keineswegs eine unabwendbare Folgeerscheinung wirtschaftlicher Anpassungsvorgänge darstellt. Solche Vertreter einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik müssen damit rechnen, bei vielen Wirtschaftspolitikern auf Ablehnung zu stoßen, die um so schroffer vorgetragen wird, je stärker sie von Vorurteilen über „freiheitsbedrohende Wirtschaftseingriffe“, „effizienzhemmende Sozialunterstützungen“ und „überzogene Entgeltansprüche“ getragen ist.

In Großbritannien hat diese entschlossene Zurückweisung aktiver Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik seit dem Amtsantritt der Regierung Thatcher extreme Formen angenommen. Die Premierministerin und der harte Kern der monetaristischen Kabinettsmitglieder legten sich auf die Position fest, die Regierung könne und wolle keine Verantwortung für die sozialen und privaten Kosten von Arbeitslosigkeit

übernehmen. Es gelte bloß, mit rigorosen Bestimmungen und mit verschärften Kontrollen jeden Mißbrauch des staatlichen Sozialsystems zu unterbinden. So verhinderte selbst der damalige Arbeitsminister Prior nicht, daß das Budget der nationalen Arbeitsverwaltung (Manpower Services Commission) im Juni 1979 um ein Drittel gekürzt wurde; es kam zu Beschneidungen des Kurzarbeitsgeldes, zu Einschränkungen der Sonderprogramme für Langzeitarbeitslose und zu einer Verringerung des Mitarbeiterstabes der Arbeitsverwaltung. Diesen Kurs führte die Regierung Thatcher in den letzten drei Jahren entschlossen weiter: Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden gesenkt, das Arbeitslosengeld der Besteuerung unterworfen und die staatlichen Unterstützungen zur Eingliederung Jugendlicher abgebaut¹.

Theorie des „New View“

Diese Maßnahmen traf das britische Kabinettsmitglied keineswegs ohne wirtschaftswissenschaftliche Beratung. Sie bezog sich auf zahlreiche Studien, in denen britische und US-amerikanische Ökonomen im Rahmen neoklassischer Modelle nachweisen, daß das Niveau der Arbeitslosigkeit hauptsächlich vom Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Arbeitslosenunterstützung (der sogenannten „Ersatzquote“) abhängt. So führte Martin Feldstein (Harvardökonom, Direktor des einflußreichen National Bureau of Economic Research und seit einiger Zeit wirtschaftlicher Chefberater von Präsident Reagan) das Ansteigen der britischen Arbeitslosigkeit vor allem auf die Anhebung der Er-

satzquote zurück. Sogar die Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre ließ sich in Zeitreihenanalysen aus der relativen Zunahme der Arbeitslosenunterstützung ableiten. Daraus folgerten Wirtschaftswissenschaftler und Politiker gleichermaßen: Arbeitslosigkeit kann am besten durch die Senkung der Transferzahlungen an Arbeitslose bekämpft werden. Dauerhafte soziale Nachteile würden den Betroffenen daraus nicht erwachsen, denn bekanntlich weisen das Arbeitslosenregister einen hohen Umsatz auf. Auch diese Behauptung entspringt nicht bloß dem Wunsdenken neokonservativer Politiker. Sie bildet vielmehr den Kern einer wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsmarkttheorie, die unter dem Titel „New View“ seit Anfang der siebziger Jahre vielbeachtete Studien vorgelegt hat.

Die Bereitschaft des Kabinetts Thatcher, seinen arbeitsmarktpolitischen Sachentscheidungen eine bestimmte wirtschaftswissenschaftliche Position zugrunde zu legen, hat nicht gerade zu einer Bestätigung des „New View“ geführt. Weder bewirkte die drastische Senkung der Ersatzquote eine Abnahme der Arbeitslosigkeit, noch konnte eine massive Verarmung der Arbeitslosenfamilien vermieden werden².

Der „New View“ ist nicht nur als arbeitsmarktpolitische Strategie gescheitert. Auch innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsmarkttheorie hat sich Widerspruch geregt. Denn ein genaues Studium des britischen und amerikanischen Arbeitslosenregisters zeigt, daß sich zwar die überwiegende Mehrzahl der Arbeitslosen nur wenige Wochen im Arbeitslosenregister be-

¹ Zur Fiskalpolitik vgl. Michael Wagner: Angebotsorientierte Fiskalpolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 7 (1981), S. 249-287. Für eine Dokumentation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen siehe die von der Gruppe Politikinformation am Internationalen Institut für Management und Verwaltung herausgegebene „Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik“.

² Vgl. ausführlicher Michael Wagner: Massenarbeitslosigkeit bei niedrigem Wirtschaftswachstum. Die Erfahrungen Großbritanniens, in: *Journal für Sozialforschung* 21 (1981), S. 5-36.

findet, ein Großteil der Arbeitslosigkeit pro Jahr jedoch von einem kleinen Teil der Arbeitslosen verursacht wird. Auf diesen Personenkreis muß sich daher eine auf Verringerung der Arbeitslosigkeit ausgerichtete wissenschaftliche Analyse beziehen³.

Die nähere Untersuchung dieser Personengruppen hat zwei wichtige Resultate ergeben: Erstens, die Länge von Episoden der Arbeitslosigkeit steigt nicht mit der Höhe der Ersatzquote. Zweitens, die Wiederbeschäftigungschancen eines Arbeitslosen sinken mit der Dauer seiner Arbeitslosigkeit rasch ab.

Angemessene Strategie

Beide Befunde unterstützen jene Strategien, die von der durch schwedische Vorbilder inspirierten österreichischen Arbeitsmarktpolitik seit Mitte der siebziger Jahre eingeschlagen wurden. Die Arbeitsmarktverwaltung setzt ihre Mittel dazu ein, den Zugang von Personen zum Arbeitslosenregister zu verhindern, und zwar insbesondere dann, wenn eine erhöhte Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit besteht. Dazu dienen Überbrückungsmaßnahmen, wie Umschulungen, Lohnzuschüsse und Kapitalkostenunterstützungen, die trotz ihres temporären Charakters das Risiko von Arbeitslosigkeit und damit die zu erwartenden Folgekosten senken. Wenn aber eine Person dennoch in Arbeitslosigkeit gerät, soll sichergestellt werden, daß ihre finanziellen Mittel ausreichen, um die Integration in die gewohnten Sozialbeziehungen aufrechterhalten zu können. Dadurch kann das Absinken der Wiederbeschäftigungschancen zumindest gebremst werden⁴.

³ Vgl. exemplarisch Kim Clark, Laurence Summers: Labor Market Dynamics and Unemployment: A Reconsideration, in: Brookings Papers on Economic Activity, 1979, S. 13-72.

Unter einer arbeitsmarkttheoretischen Perspektive, die der Heterogenität der Arbeitskräfte und den typischen Rekrutierungsverfahren von Unternehmen Rechnung trägt, erscheint diese institutionelle Praxis der österreichischen Arbeitsmarktpolitik als strategisch angemessen: Denn die Umverteilung der Lasten gesamtwirtschaftlicher Arbeitslosigkeit zählt zu den zentralen Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik. Das gilt sowohl unter sozial-humanitären als auch unter interventionstaktischen Gesichtspunkten: Die individuellen und sozialen Kosten pro Arbeitslosentag variieren deutlich zwischen den verschiedenen Personengruppen. So lastet auf nur 10 % aller arbeitslosen Personen rund ein Drittel aller Arbeitslosigkeit. Dafür erhalten die Betroffenen recht unterschiedliche Transfers; die besser entschädigten Personengruppen beziehen fast das Doppelte der Durchschnittsleistung. Deshalb gilt es, bei einer gegebenen Summe von Arbeitslosentagen eine für die Gesamtwohlfahrt günstigere Verteilung dieser Arbeitslosigkeit unter den Erwerbstätigen zu erreichen.

Allerdings nimmt die österreichische Arbeitsmarktpolitik kein passives Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Niveau der Arbeitslosigkeit ein. Sie versteht sich vielmehr auch als Instrument einer umfassenden Beschäftigungssicherung, die davon ausgeht, daß ein rasches Anwachsen des Arbeitslosenregisters den Bundeshaushalt stärker belastet als arbeitsplatzsichernde Zusatzausgaben. Die österreichische Wirtschaftspolitik nimmt jene finanzwissenschaftlichen Studien ernst, die selbst im Rahmen einfacher Modelle demonstrieren, warum die Schere zwi-

⁴ Vgl. Bundesministerium für Soziale Verwaltung: Programmbudget der Arbeitsmarktverwaltung, Wien 1981.

⁵ Vgl. WIFO-Monatsberichte 53 (1982), S. 137-142 und S. 115 f.

schen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen nicht durch beschäftigungsdämpfende Ausgabenkürzungen geschlossen werden kann. So zeigten die Modellrechnungen zu den beiden beschäftigungspolitischen Sonderprogrammen des vergangenen Jahres, daß durch sie, selbst bei ausschließlicher Berücksichtigung von Erstrundeneffekten, kaum budgetäre Nettobelastungen für den österreichischen Staatshaushalt entstehen: Die durch Arbeitsplatzsicherung vermiedenen Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung und die Abwendung der durch Beschäftigungsrückgänge bewirkten Steuerausfälle halten den Zusatzausgaben fast die Waage⁵.

Arbeitszeitverkürzungen

Diese Kombination von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die direkt auf der einzelwirtschaftlichen Ebene auf eine „Strukturverbesserung des Arbeitslosenregisters“ abzielen, mit beschäftigungspolitischer Makrosteuerung durch expansive Haushaltsführung hat die österreichische Wirtschaftspolitik stets durch ein drittes Instrument ergänzt: die systematische Verkürzung der Arbeitszeit. Auch hier steht die Verteilungsfrage im Vordergrund. Es geht darum, die auch unter ungünstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen gesicherten Arbeitsplätze unter den Arbeitswilligen angemessen aufzuteilen. Dies läßt sich durch eine gezielte Arbeitszeitverkürzung erreichen, wie die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 45 auf 40 Wochenstunden während der siebziger Jahre zeigte. So hat sich der österreichische Sozialminister Dallinger (der gleichzeitig den Vorsitz der größten österreichischen Einzelgewerkschaft einnimmt) auf die Einführung einer 35-Stunden-Woche festgelegt. Die dabei erzielbare Arbeitsmarktentlastung wird die öster-

reichliche Arbeitslosenrate während der achtziger Jahre um einige Prozentpunkte senken⁶.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung behandeln österreichische Wirtschaftspolitiker deshalb so offensichtlich, weil sie von der Überlegung ausgehen, daß die unter dem Schlagwort „Lohnausgleich“ diskutierte Problematik nicht mit jener der Arbeitszeitverkürzung starr verknüpft werden soll. Die Bestimmung der „optimalen“ Höhe von Tariflohnforderungen muß sich auch während der Phasen einer etappenweisen Verkürzung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit weiterhin an den bewährten Leitlinien orientieren, also insbesondere die binnenwirtschaftliche Nachfragesicherung und die außenwirtschaftlichen Preiseffekte berücksichtigen. Gerade in diesem einkommenspolitischen Bereich fühlen sich Regie-

⁶ Vgl. Josef Christl, Karl Pichlermann: Arbeitszeitverkürzung (Manuskript), Institut für Höhere Studien, Wien 1982.

⁷ Für die wesentlich vorsichtigeren Haltung in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Fritz Schharpf: Optionen der Arbeitsmarktpolitik in den achtziger Jahren, in: Aktive Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt 1982, S. 13-28.

rung, Gewerkschaften und Unternehmerverband ihrer eigenen Strategien in Österreich wesentlich sicherer als in anderen Staaten. Denn die Einkommenspolitik dient in Österreich seit der Nachkriegszeit als Instrument der Stabilisierungspolitik⁷.

Austro-Keynesianismus

Obwohl es nach langer historischer Tradition zum Selbstbild der österreichischen Wirtschaftspolitiker gehört, sich zu einer Konzeption des pragmatischen „Durchwursteins“ zu bekennen, verfolgt die Bundesregierung schon seit Ende der sechziger Jahre eine feste Strategie, die sich nicht nur praktisch bewährt hat, sondern auch wirtschaftswissenschaftlich gut fundiert ist. Es hat sich in Österreich jenes theoretische Denkmodell durchgesetzt, das in den letzten Jahren mit dem Begriff „Austro-Keynesianismus“ umschrieben wird. Dessen wichtigste Merkmale in bezug auf die Abwehr von Massenarbeitslosigkeit sind: Die Inflation wird vor allem durch eine Hartwährungspolitik

kontrolliert, während das gesamtwirtschaftliche Nachfrageniveau in erster Linie durch die Einkommenspolitik (die sich an einer prognostizierten Inflationsrate orientieren kann) bestimmt wird. Da jedoch jede Makrosteuerung wesentliche Defizite aufweist, kommen der öffentlichen Hand zwei Aufgaben zu: erstens kurzfristige Einzelinterventionen vorzunehmen und zweitens schrittweise die langfristigen Rahmenbedingungen zu verbessern. Beides ist im letzten Jahrzehnt gelungen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sich die österreichische Regierung nicht gescheut hat, auf die in Marktwirtschaften stets sichtbaren Interessenkonflikte machtvoller wirtschaftspolitischer Akteure explizit einzugehen. Das gilt insbesondere für die Beschäftigungspolitik, die auch aus theoretischer Perspektive stets als Verteilungspolitik verstanden werden muß⁸.

⁸ Vgl. Herbert Ostleitner: Zu den Grundlagen der wirtschaftspolitischen Positionen der Sozialistischen Partei Österreichs, in: Hanns Abele u. a. (Hrsg.): Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, Wien 1982, S. 133-142.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Henry Krägenau

INTERNATIONALE DIREKTINVESTITIONEN

- Ergänzungsband 1982 -

Mit diesem Band liegt die 3. Ergänzung zu dem Buch „Internationale Direktinvestitionen“ vor, das vom HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erstmals 1975 veröffentlicht wurde. Der statistische Materialband erfaßt die Direktinvestitionen aus 14 wichtigen Industrieländern (USA, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien/Luxemburg, Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Irland, Schweiz, Schweden, Japan) sowie die, die in diesen Ländern zu verzeichnen sind. Neben der Fortschreibung von Reihen – in der Regel bis 1970/80 – sind wiederum auch ältere Daten aufgenommen worden, um die Arbeit auch für diejenigen gut verwendbar zu machen, die die vorausgegangenen Bände nicht besitzt. Erstmals wurden für einzelne Länder auch Daten zur Auslandsproduktion und zu Produktionen ausländischer Unternehmen im Anlageland aufgenommen.

DIN A4, 376 Seiten, 1982, brosch. DM 54,-

ISBN 3-87895-226-0

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG